

# Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 304 A

BERLIN • Dienstag, den 24. Januar 1933

2. JAHRGANG

## Bilanz der Nazi-Provokation: Schafft endlich die geschlossene Abwehr!



Hk. Auf den 20. Juli 1932 ist der 22. Januar 1933 gefolgt, eine neue, ungeheure Herausforderung der Arbeiterschaft, wobei es nur zu einzelnen Protestakten von untergeordneter Bedeutung gekommen ist, während die Arbeiterschaft als organisierte Macht an diesem Sonntag so wenig in Erscheinung getreten ist, wie am 20. Juli. Man muß sich die Größe der Provokation vor Augen geführt haben, um ermessen zu können, was das Nichtaufstehen der Arbeiterschaft politisch bedeutet.

Am Vormittag marschierte Polizei mit Karabiner in großem Aufgebot auf dem Bülowplatz auf, vor dem Karl-Liebknecht-Haus mit der Sowjetfahne. Kommandos schallten über den Platz, die Polizei teilt sich auf und marschiert in die anliegenden Straßen ab. Die gesamte Berliner Schupo und die politische Polizei war an diesem Vormittag aufgeboten; das war bisher noch nicht dagewesen. Ein Panzerwagen durchfuhr fortwährend die beschriebenen Straßen und den Platz. So begann die Polizeiaktion mit einer Demonstration: mit dieser Macht sind wir hier! Die anliegenden Straßen wurden so dicht abgeriegelt, daß im Umkreis von einigen hundert Metern um den Platz jeder Fußgängerverkehr kontrolliert und abgesperrt wurde; wer sich nicht als Nazi oder Kriminalpolizist, als Presseemann oder Photograph ausweisen konnte, durfte nicht passieren. Das Karl-Liebknecht-Haus wurde von etwa 100 Polizisten durchsucht, die Hauswache an die Luft gesetzt; ein paar kommunistische Abgeordnete durften als Repräsentanten des Kommunismus im Hause bleiben. Die höchsten Dächer um den Bülowplatz, von denen aus sich die anderen überschauen lassen, wurden von Polizei besetzt.

Unterdessen marschieren aus den Bezirken die Braunhemden an, in ihren häßlichen Uniformen, die keinen Körperteil so betonen, wie Bauch und Gesicht. Die Nazis wählen nicht den nächsten Weg, sondern zum Beispiel den völlig unnötigen Umweg durch die Proletariergassen des „Fischerkiez“; dabei immer ihr provozierendes Gebrüll: „Die rote Front, schlägt sie zu Brei...“ und: „Wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's nochmal so gut!“

Zur vorgesehenen Zeit beginnen die braunen Banden, den Bülowplatz zu füllen. Mehrere Stunden hindurch ist der Platz ein braunes Heerlager. Und während die Bewohner in ihre Häuser gesperrt sind und kein Fenster öffnen können, ohne daß die Polizei — nötigenfalls durch Drohung mit dem Karabiner — die sofortige Schließung des Fensters erzwingt.

ertönen im Angesicht des Karl-Liebknecht-Hauses, Stunden hindurch die Mörderlieder

vom Zu-Brei-schlagen der roten Front und vom Spritzen des Judenbluts. Diese Mörderlieder gelten nicht nur den anwohnenden Proletariern in die Ohren, sondern auch dem Riesenaufgebot an Polizeibeamten; diese hören sich das ruhig an, ihre Aufgabe ausschließlich darin sehend, den Mördern die ungestörte Durchführung dieser Provokation zu ermöglichen. Wer gegen diese Mörderdemonstration Fenster und Mund auf tut, wird erschossen! — das war die Funktion der Polizei auf dem Bülowplatz.

Dieser Sonntag hat also über den Charakter der heutigen Reaktion in Deutschland mehr gezeigt, als daß der Nationalsozialismus im wesentlichen ungebrochen ist.

Er hat außerdem gezeigt, daß die verantwortlichen Regierungsmänner in Deutschland dies wollen.

Am Sonnabend ist in einer Besprechung Schleichers mit Bracht und Melcher noch einmal erwogen worden, ob nicht der Naziaufmarsch verboten werden sollte. Wie es heißt, sind Melcher und vor allem Bracht energisch dafür eingetreten, daß unter Einsatz aller staatlichen Machtmittel die Provokation der Mörder gegen die Arbeiter durchgeführt und geschützt werde. Es ist ausgeschlossen, daß Schleicher, Bracht und Melcher über die Arbeitermorde und die Fememorde der Nazis nicht unterrichtet sind.

Ihre Entscheidung bedeutet also: lieber gestatten wir Arbeitermördern einen bedeutenden Auftrieb an Macht — denn das bedeutet der Bülowplatz-Aufmarsch für die Nazis —, als daß wir die von Arbeitern angemeldeten Rechte achten.

Es ist gut, diese Lehre insbesondere dann nicht zu vergessen, wenn demnächst — wovon bereits die Rede ist — der

### Feste Einheitsfront in Armentières.

Solidaritätsaktionen in ganz Frankreich.

R. Bt. Paris, 20. Januar.

Die Einheitsfront, die in Armentières geschmiedet worden ist, steht fest. Die Textilherren merken das auch und schreiben in ihrer Presse, der Streik erfolge in einem schlechten Augenblick. Jetzt ist nämlich in ganz Frankreich „Weiße Woche“, und Armentières ist die „Stadt des weißen Tuches“. Trotzdem sind die Unternehmer bisher nicht dazu zu bewegen gewesen, ihre Maßnahmen zurückzuziehen. Ende der Woche werden wahrscheinlich Verhandlungen beginnen. Die Weber sind fest entschlossen, nicht nachzugeben. Gestern fand eine große Demonstration statt, 3000 Arbeiter nahmen daran teil.

geführt vom Streikausschuß, also von den Führern der kommunistischen, freien und christlichen Gewerkschaften.

Nicht nur die gelungene Einheitsfront in Armentières selber stärkt den Kampfwillen der streikenden Weber. Auf die Arbeiterbewegung von ganz Frankreich wirkt diese Einheitsfront ihre Strahlen; denn im ganzen Lande wird in bel-

### AUS DEM INHALT:

- Die Wahrheit über die Sowjet-Union.
- Viele Wege führen nach Rom.
- Abel als Kain.
- Gewerkschaftsführer bei Hindenburg.
- Für die nicht-amnestierten Genossen.

den Gewerkschaftsbünden, in den kommunistischen und in den freien Gewerkschaften, für die Weber von Armentières gesammelt. Jeden Tag ruft die kommunistische „Humanité“, der freigewerkschaftliche „Peuple“ und der sozialistische „Populaire“ zur Solidarität auf. **Wieviel Aufschwung würde es der Arbeiterbewegung geben, wenn aus der französischen Einheitsfront eine internationale Einheitsfront gemacht würde!**

### SA marschiert, Polizei schikaniert.

Alle beide gegen die Arbeiterschaft.

H. M. In der Münzstraße drängen sich die Menschen, zumeist Arbeiter, aber auch Nationalsozialisten. Wer der Polizei ein Schimpfwort nachruft oder nicht ganz so schnell weitergeht, wie die Polizisten es sich wünschen, wird eifrig mit dem Gummiknüppel traktiert; wenn er fortläuft, folgt ihm der Knüttel oft noch eine Weile. „Die Backenzähne müßte man ihnen allen ausschlagen!“, brummt zähneknirschend ein Polizist in seinen Bart, als einer seiner Kollegen gummiknüppelschwingend hinter einem Arbeiter herläuft. Er meinte die Arbeiter.

In der Münzstraße fuhr ein Panzerauto umher. Vom Alexanderplatz zur Weinmeisterstraße, rückwärts wieder zum Alexanderplatz und wieder zur Weinmeisterstraße, hin und her. Dann fuhr es einen Augenblick in eine Seitenstraße ein, um gleich wieder zum Vorschein zu kommen. Das Panzerauto war aus Stahl, nicht aus Pappe, wie die bei den Reichswehrübungen verwandten Tanks. Eine Mahnung für diejenigen, die sich nach Schleichers „Gleichberechtigung“ sehnen.

„SA marschiert mit ruhig festem Tritt.“ Zu beiden Seiten stehen Arbeiter, an den Ecken, wo sie sich besonders sammeln, durch Polizisten von den braunen Banden getrennt. Die Karabiner der blauen Armee schützen den „ruhig festen Tritt“.

Von der Ecke her tönt es im Sprechchor: „Nieder! Nieder! Nieder!“ Eines der Polizeiautos, die in großer Anzahl in der Gegend herumfahren, kommt gerade an der Ecke vorbei. Irgendwo fällt ein Schuß. Dann sieht man noch, daß sehr

viele Arbeiter aus der Menge, aus der der Sprechchor kam, fortlaufen.

Am Senefelder Platz versuchen Arbeiter, einen kleinen Zug zu bilden. Schon ist ein Wagen mit Polizisten da, schiebt sich zwischen den Zug, der nach wenigen Minuten aufgelöst ist.

„SA marschiert mit ruhig festem Tritt.“ Arbeiter stehen in kleinen Gruppen an verschiedenen Stellen der breiten Straße. Von einigen Seiten tönt es: „Nieder!“ Etwa 20 SA-Leute springen aus der Reihe, nun gar nicht mehr in „ruhig festem Tritt“, auf einen Arbeiter los, knüppeln ihn nieder, gegen die Wand. Sie brauchen sich nicht zu bemühen. Auf die übrigen Herumstehenden kommen Polizisten mit der Pistole in der Hand zu. Flucht in die Hausflure. SA marschiert weiter.

Irgendwo in der Gegend wird geschossen. Ueberall sind die Fenster offen, Menschen liegen in den Fenstern, von einigen Stellen her tönt es: „Nieder!“ An der nächsten Ecke marschiert gerade die Bürgerkriegsarmee vorbei. Einige ihrer blauen Beschützer greifen zum Karabiner: „Fenster zu!“ Und drohender, als nicht alle sofort dem Befehl folgen: „Fenster zu, los!“

Die Berliner Polizei teilt abschließend über die Zusammenstöße anlässlich der Nazi-Provokation mit, daß insgesamt 118 Personen, darunter 108 Kommunisten, festgenommen worden sind. Ernstere Zusammenstöße sind nicht vorgekommen.

Provokateur Bracht den kampfmüden Schleicher ablösen sollte.

Besonders eindringlich hat der Berliner Polizeipräsident nochmal zum Ausdruck gebracht, daß er nicht geneigt ist, die von der Arbeiterschaft angemeldeten Rechte zu achten. Am Freitag hatte Bredow, der Vorsitzende des Berliner Ortsausschusses des ADGB, Herrn Melcher nahegelegt, „im Interesse des Friedens einen anderen Aufmarschplatz anzuordnen, um die Gefahren zu bannen“. Melcher hat diese höfliche Anregung nicht beachtet, weil er „in dem Umstand, daß am Bülowplatz das Karl-Liebknecht-Haus liegt, keinen genügenden Anlaß sehe, diesen Platz sonstiger Benutzung, soweit sie den Kommunisten nicht genehm ist, zu entziehen.“ Die unverkennbare Frechheit dieser Antwort sollte auch für den Kollegen Bredow und für die Gewerkschaften überhaupt eine Lehre sein. Es hat eben keinen Sinn, mit Herren wie Melcher u. s. w. durch Bitten und Vorschläge zu verhandeln, hinter denen kein Druck steht. Die von uns vorgeschlagene Anknüpfung der Gewerkschaften, daß am Sonnabend mittag der Streik in Berlin ein-

setzen würde, wenn nicht der Naziaufmarsch verboten würde, wäre die Sprache gewesen, die auch Herr Melcher verstanden hätte.

Die andere Lehre für die Arbeiterschaft knüpft sich an die Tatsache, daß der Berliner Polizeipräsident am Sonntag abend — im wesentlichen zutreffend — melden konnte: „Die Horst-Wessel-Felder der NSDAP auf dem Nikolaj-Friedhof wie das Antreten der SA auf dem Bülowplatz ist, ohne jeden Zwischenfall verlaufen. . . . Sämtliche Züge haben ohne nennenswerte Zwischenfälle ihre Auflösungsbezirke erreicht.“

Kommunistische Abgeordnete hatten am Donnerstag dem Polizeivizepräsidenten gesagt, „daß es nicht zu verhindern sein werde, daß die Berliner Arbeiterschaft von sich aus das Zentralkomitee der kommunistischen Partei vor faschistischen Provokateuren beschützen werde“. Am Sonnabend abend wurden Flugblätter verteilt, mit der Aufforderung, daß die wehrhaften Arbeiter des roten Berlin das Eigentum der Partei, den Sitz der KPD, verteidigen sollten. Seien wir ehrlich, Genossen: von einer solchen Verteidigung konnte

am Sonntag nicht die Rede sein. Wenn wir dies feststellen, so liegt uns angesichts des Angriffs der Nazis, der der gesamten Arbeiterschaft gilt, gewiß nicht daran, auf den besonders bedrohten kommunistischen Genossen herumzuhacken. Woran uns liegt, ist, gegenüber den Fehlern, die den Mißerfolg vom Sonntag verursacht haben, an den Geist ehrlicher Selbstkritik bei den Genossen zu appellieren.

Es handelt sich um den alten, von uns immer wieder aufgedeckten Fehler: um die Sabotage

#### ehrllicher Einheitsfrontpolitik

und als Folge davon um die Isolierung der Kommunisten von den freigewerkschaftlichen Kollegen, die aber die maßgebenden Stellen in den Betrieben innehaben. Die KPD hätte, unter Zurückstellung jeder Polemik, an den Ortsausschuß des ADGB herantreten sollen mit der Aufforderung, gemeinsam für die Durchsetzung des Verbots der Nazidemstration zu streiken.

Wir können uns nicht denken, welche in den Augen von Freigewerkschaftlern plausible Ausflucht die Gewerkschaften auf ein ehrliches Angebot dieser Art hätten finden können.

In dieser klaren Einheitsfrontpolitik hätte der Hebel gelegen, um die Kräfte zur Verteidigung des Karl-Liebknecht-Hauses zu mobilisieren.

Leder ist auch nach der Niederlage vom Sonntag keine Wendung zu einer vernünftigen Politik in dieser Hinsicht bei der KP-Leitung zu erkennen. Ein Bericht über eine am Sonntagabend von der kommunistischen Reichstags- und Landtagsfraktion einberufene Pressebesprechung schließt mit der Ankündigung, daß die KPD die „am Sonntag erneut deutlich gewordene gewaltige Bewegung der Arbeiterschaft (P)“ zum Anlaß nehme, eine „antifaschistische Woche“ durchzuführen, deren Auftakt eine Massenkundgebung im Lustgarten am kommenden Dienstag bilden werde. Die KPD weiß also die natürliche Sympathie, die eine so unverschämte Bedrohung wie die vom Sonntag in der Arbeiterschaft für die besonders bedrohte Partei zunächst erweckt, zu nichts Besseren zu benutzen, als zur Parteipropaganda.

Der „Vorwärts“ spricht in einer Extra-Ausgabe am Montag früh über die Aufgabe der Einheitsfront mit einer Behutsamkeit, wie wir sie seit dem vergangenen Sommer nicht mehr gewohnt sind. Es heißt da:

„Daß gestern in den Straßen von Berlin keine Ströme von Blut geflossen sind, ist ... Verdienst der kommunistischen Arbeiter. ... Daß die Kommunisten ein solches Maß von Selbstbeherrschung aufbringen würden, hat niemand erwarten können. Viel eher ließ die Sprache ihrer Presse vermuten, daß es zu einer blutigen Straßenschlacht kommen werde. Der

Verdacht läßt sich nicht unterdrücken, daß diese Straßenschlacht von manchen Drahtziehern der Reaktion sogar gewünscht wurde. Sie wollten die KPD in eine Falle locken, um sie zu vernichten. ... Die Kommunistische Partei hat sich durch die Provokation nicht herauslocken lassen, sie ist nicht in die Falle gegangen, und damit hat sie zweifellos richtig gehandelt. Kann aber nicht sie, können nicht wir alle aus dem Ergebnis des 22. Januar viel, sehr viel lernen?

Daß die Sozialdemokraten den 20. Juli 1932 über sich ergehen lassen mußten, an dem sich P a p e n der Regierungsgewalt bemächtigte, das war für die ganze Arbeiterbewegung ein sehr bitteres Ereignis. Daß am 22. Januar 1933 in Berlin vor den Fenstern der KPD-Zentrale und in der bewußten Absicht, sie herauszufordern und zu demütigen, Hitlers braune Horden aufmarschieren durften — daß sie das tun konnten, ohne daß eine wirksame Gegenwehr möglich war, auch das war für die ganze Arbeiterbewegung ein sehr bitteres Ereignis.

Zwei Fragen ergeben sich:

Die erste lautet: Sieht jetzt nicht auch die KPD ein, daß scheinrevolutionäre Kraftphrasen nicht genügen, um eine wirkliche Arbeiterpolitik zu treiben?

Und die zweite: Kann die KPD auch nach dem 22. Januar ... noch immer wie bisher in der Sozialdemokratischen Partei ihren Hauptfeind erblicken?

Einigkeit tut not! Einigkeit, nicht Einheitsfrontmanöver! Wir demonstrieren am nächsten Sonntag für die Einigkeit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Reaktion. Klassenkampf! Nicht Bruderkampf!

Proletarier Deutschlands, vereinigt euch!

\*

Natürlich ist es das einzig Richtige für die KPD, diese Worte voll und ganz ernst zu nehmen und mit einer ehrlichen Einheitsfrontpolitik zuzufassen.

Der nächste Schritt ist klar: es ist noch Zeit, statt eine kommunistischen Demonstration am Dienstag und einer sozialdemokratischen am kommenden Sonntag, eine einheitliche Demonstration der gesamten Berliner Arbeiterschaft auf die Beine zu bringen! Das ist, im Licht der Gefahr geschehen, eine lächerlich kleine Aufgabe!

In den Betrieben liegt die Abwehrkraft der Arbeiter.

Der 20. Juli, der 22. Januar haben das negativ gezeigt. Die Aufgabe, innerhalb der Betriebe in überparteilicher Führung zwischen den linksstehenden Arbeitern die Abwehr organisatorisch vorzubereiten, drängt von Tag zu Tag mehr. Sie duldet nicht den Aufschub bis zu einer etwaigen Verständigung zwischen den Parteileitungen, so sehr ein solcher Schritt „von oben“ der Einheitsfrontarbeit in den Betrieben „von unten“ einen mächtigen Auftrieb geben könnte.

Denken wir an die Arbeiter in Frankreich und in Belgien, die eben jetzt die Einheitsfrontarbeit veretärkt anfasen — von unten und von oben.

## Der Chaco-Krieg.

Im Gran Chaco sollen am Sonnabend Hunderte von Menschen im Krieg um Oel und Plantagen hingemetzelt worden sein; so heißt es in einer Siegesmeldung aus Asuncion, der paraguayischen Hauptstadt. 4000 Bolivianer hätten mit Flugzeugen und Artillerie angegriffen und seien nach bitterem Kampf geschlagen worden. Vor vier Tagen kam eine Siegesmeldung aus La Paz, der bolivianischen Hauptstadt; die bolivianischen Truppen stünden 275 Kilometer von Asuncion. Vor kurzem traf in Arica ein Dampfer aus den USA mit Waffen (u. a. Munition und acht Kampfflugzeugen) für die Bolivier ein. Sicher ist jedenfalls, daß die Schlächtereien wieder im Gange sind. Am 17. Januar hat Paraguay das Genfer Protokoll unterzeichnet. Es hat jetzt sämtliche internationalen Verträge unterschrieben, die eine gewaltsame Lösung internationaler Konflikte ablehnen.

## Ueberfall auf eine Kaserne in Brünn.

### Faschistischer Umsturzversuch?

In der Nacht zum Sonntag wurde die Kaserne des 43. Infanterieregiments in Brünn (Tschechoslowakei) von etwa 50 Faschisten überfallen. Während in den zuerst erschienenen Zeitungsberichten der Fall so dargestellt war, als handele es sich um einen Ueberfall, dessen Zweck jedenfalls nicht durchsichtig war, wird das Ereignis in „Ceske Slovo“, dem Organ des Außenministers, als Putschversuch dargestellt. Diesem Bericht zufolge gelang es den Faschisten, die Wache, die keine Munition besaß und auch in anderer Hinsicht die Wachvorschriften verletzt hätte, zu überwältigen und zwei Stunden lang die Kaserne zu beherrschen. Die Faschisten waren mit Pistolen und Küchenmessern bewaffnet. Als Soldaten, denen es gelang, aus der Kaserne zu entfliehen, aus dem benachbarten Gasthof telephonisch um Hilfe rufen wollten, stellten sie fest, daß die Telephondrähte durchgeschnitten waren. Auch andere Anzeichen deuten auf eine größere Vorbereitung des Ueberfalls hin. Die Soldaten trafen dann einige Polizisten. Nach kurzer Zeit kam eine 250 Mann starke Polizeibeamtenabteilung, mit Gewehren und Maschinengewehren ausgerüstet. In dem von der Polizei eröffneten Feuer konnten die Faschisten sich nicht halten und ergaben sich. Einer von ihnen wurde getötet, ein anderer und zwei Soldaten verletzt. 27 Faschisten konnten verhaftet werden.

Im Laufe der Untersuchung wurde festgestellt, daß zwei Feldwebel des 43. Infanterieregiments unter starkem Verdacht stehen, mit der Aktion in Verbindung gestanden zu haben. Einer der Faschisten ist ein Vetter des Generals Gajda. Er erklärte, man habe gesagt, daß Gajda sich bereits zum Diktator gemacht habe.

## Internationale Grippe-Epidemie.

In Frankreich, besonders in den nördlichen Provinzen, greift die Grippe immer mehr um sich. In Lille mußte die Post die Briefbestellung auf zweimal täglich herabsetzen, weil es an Briefträgern fehlt. In Kasernen und Schulen sind in vielen Fällen 60 Prozent der Soldaten oder Schüler an Grippe erkrankt.

In einem belgischen Grenadierregiment ist jeder dritte Soldat krank.

In Siegburg hat der Kreisarzt die Schließung aller Schulen verfügt, da die Zahl der grippekranken Kinder außerordentlich steigt.

In Panama hat der Gesundheitsminister wegen der Grippe-Epidemie die Schließung aller Schulen gefordert.

# Viele Wege führen nach Rom.

## Kein Friede am Mittelmeer.

H.M. Senator de Jouvenel ist in Rom angekommen, um seine Mission, die französisch-italienische Verständigung zu fördern, zu beginnen. Der Optimismus, der den neuen Botschafter noch vor wenigen Tagen begleitete, ist verunstet. Herriot schreibt im „Democrat“, einer Zeitung in Lyon:

„Auch Italien stehe Frankreich feindlich gegenüber. Er müsse feststellen, daß die herzlichen Aeußerungen, die er in Toulouse an die Adresse Italiens richtete, ihr Ziel nicht erreicht hätten. Sein Wunsch nach einer Annäherung mit Italien sei gescheitert. Von dieser Seite sei im Augenblick nichts zu erhoffen.“

De Jouvenel selber drückt sich zwar nicht so pessimistisch aus. Aber auch aus seinen Aeußerungen gegenüber Vertretern des „Intransigent“ und der „Liberte“ geht nur hervor, daß „eine Verständigung, sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet möglich sei“. Daß sie wahrscheinlich sei, sagt der neue Botschafter nicht, er weist vielmehr nachdrücklich darauf hin, daß man „jeden Gedanken der Erfolgshascherei ablehnen müsse“.

Warum diese Hoffnungslosigkeit?

## Mussolini empfängt ...

Der polnische stellvertretende Außenminister hat nunmehr, wie verlautet, seine „Kur“ in Italien beendet.

Die griechische Regierung sendet einen Vertreter nach Rom zwecks Abschlußes einer Anleihe an Griechenland. Auch mit Albanien sind angeblich Verhandlungen darüber im Gange, was für Gegenleistungen es an Italien geben kann, um eine neue Anleihe zu erhalten.

Auch ein Mitglied der belgischen Regierung ist den Weg nach Rom gegangen, angeblich wegen finanzieller Verhandlungen. Das ist sofort ersichtlich, als bisher zwischen Belgien und Italien von finanziellen Beziehungen kaum die Rede war.

## Die deutschen Militaristen und Mussolini.

Die deutschen Militärpolitiker starren nach Rom und wünschen, daß aus der französisch-italienischen Verständigung nichts werden möge. „Wieder muß man die besorgte Frage aufwerfen, ob der ganze Ernst der Situation in der Wilhelmstraße genügend erkannt wird“, so äußert sich die „Berliner Börsen-Zeitung“.

Worin der „Ernst der Situation“ liegt, ist nicht schwer zu erraten: Französische Regierungskreise fürchten an Italien, was deutschen Regierungskreisen sympathisch ist:

Italien ist ein stark gerüstetes Land und hat eine Bevölkerung, vor allem eine Jugend, die auf Kriegsführen gedrillt ist.

Kriegerische Drohungen aus Deutschland sind vorläufig noch Phrase; das ist sofort anders, wenn Italien auf Seiten der „Abgerüsteten“ tritt!

Die Angst vor dem Zustandekommen einer deutsch-italienischen Front ist auch einer der Gründe, die die französische Regierung dazu veranlassen, unter allen Umständen Oesterreich in die Hand zu bekommen und den Anschluß zu verhindern, obwohl finanziell in Oesterreich keine Geschäfte zu machen sind. Denn wenn es auch keine deutsch-italienische Grenze gibt, so gibt es doch eine österreichisch-italienische!

Mussolini hat es sich bisher versagt, sich mit Schleicher und Genossen zu verbünden. Er hat zwar auch Interesse an der Revision des Versailler Vertrages, hat jedoch Aussicht, seine eigenen Interessen unter Umständen besser zu befriedigen, wenn er sich freundschaftlich mit Frankreich einigt, als wenn er sich in eine Front mit dessen „Erbsfeind“ stellt. Daß Mussolini die Wahl zwischen beiden hat, können auch keine Lohnduelle von Presseprofessoren der „BBZ“ fortzaubern.

„Versailles gutzuheißen, den Brandherd des polnischen Korridors ... nicht zu sehen, heiße von Mussolini verlangen, seinen Weltruf und Weltberuf (!) zu opfern, die Interessenverbundenheit mit Deutschland zu zerreißen.“

„Die tiefe Interessenverbundenheit Deutschlands, Ungarns und Italiens liegt aber gerade in der realen Gegebenheit, ... daß auch Italien Gerechtigkeit für sich von seinen ehemaligen Verbündeten nie erhalten wird, wenn es sie aufhören würde, diese Gerechtigkeit an der Seite des vergewaltigten Volkes zu fordern.“

Herriots Aeußerungen im „Democrat“ lassen allerdings die schlimmsten Befürchtungen darüber zu, daß Mussolini sich so entscheiden sollte, wie es im Interesse derartiger Kriegshetzer liegt. Denkt man an die italienisch-französische, italienisch-jugoslawische, deutsch-französische und deutsch-polnische Spannung, so bedarf die Behauptung, ein Krieg drohe, keiner weiteren Begründung.

Wann wird die Arbeiterschaft durch eine organisierte Abwehr des Krieges und der Kriegsgefahr es den Zufällen der Interessen und Beschlüssen kapitalistischer Diktatoren entziehen, ob auch in Europa das Geschick der Völker wieder durch Kanonen und Panzerschiffe entschieden wird?

# Genf beendet seine Unterhaltungen.

## Fernost-Konflikt ungelöst.

Gu-n. Die Antwort der japanischen Regierung auf den jüngsten Genfer Vermittlungsvorschlag ist endlich am Sonnabend dem Neunzehner-Ausschuß vorgelegt worden. Ueber ihren Inhalt ist so gut wie nichts bekanntgeworden. Jedenfalls ist sie aber so ausgefallen, daß der Ausschuß mit großer Mehrheit abgelehnt hat.

### zu Japans Gegenvorschlägen

Stellung zu nehmen, da diese Vorschläge keine Grundlage für weitere Vermittlungsverhandlungen seien.

### Sie seien für China unannehmbar.

Ebenfalls am Sonnabend hat die chinesische Delegation in Genf eine Erklärung veröffentlicht, in der sie sich über das Gebahren des Neunzehner-Ausschusses beschwert. Während weder dieser Ausschuß noch der Generalsekretär des Völkerbundes bisher auf eine ausführliche chinesische Denkschrift vom 26. Dezember geantwortet hätten, habe sich der Ausschuß mit neuen japanischen Abänderungsvorschlägen beschäftigt, und die chinesische Delegation habe davon erst aus der Presse erfahren. Die chinesische Delegation veröffentlicht jetzt ihre Denkschrift vom 26. Dezember, die die chinesische Stellungnahme zu den damaligen Entschließungsentwürfen des Neunzehner-Ausschusses enthält.

### Die Chinesen unterstreichen drei Forderungen:

1. Ausdrückliche Nichtanerkennung Mandschukuos;
2. die Mitwirkung der USA und Sowjet-Rußlands in einem zu schaffenden Vermittlungsausschuß erscheine als sehr notwendig;
3. dieser Vermittlungsausschuß solle die Vermittlungsaktion als Kollektivverhandlungen sämtlicher interessierter Mächte leiten, er solle die Schlichtung also nicht direkten Verhandlungen Chinas mit Japan überlassen.

Völlig unüberbrückt sind also nach einem unnützen Zeitaufwand von vielen Monaten die Gegensätze von neuem vor dem Genfer Ausschuß ausgebreitet worden. Der Ausschuß will jetzt die Anwendung des Absatzes 4 des Artikels 15 der Völkerbundssatzung einleiten.

Der Absatz lautet:

„Kann der Streitfall nicht ausgeglichen werden, so erstattet und veröffentlicht der Rat ... seinen Bericht, der eine

Aufstellung der mit dem Streitfall zusammenhängenden Umstände sowie die Vorschläge enthält, die er zur Lösung des Falles als die gerechtesten und geeignetsten empfiehlt.“

Am Montag ist der Neunzehner-Ausschuß zusammengetreten, um einen derartigen Bericht des Rats vorzubereiten. Der Rat, der ursprünglich am Montag zusammenzutreten sollte, hat diese Tagung auf Dienstag verschoben.

Unter starken polizeilichen Absperrungsmaßnahmen hat am Sonnabend der japanische Außenminister vor dem neu eröffneten Parlament gesprochen.

Ein paar Stellen seiner Rede mögen zeigen, daß Japan die Linie seiner Eroberungspolitik fortsetzen will:

### Japan werde fortfahren,

die Mandchurei nach innen und auch nach außen zu verteidigen. Zur Kampftätigkeit in Jehol betonte der Außenminister, daß Japan dieses Gebiet als einen Teil der Mandchurei ansehe. „Jeder Friedensplan muß sich auf die Erkenntnis gründen, daß die aufbauende Kraft Japans die Garantie für die Ordnung in diesem Teil der Welt bildet.“ Der Lytton-Bericht sei für die japanische Regierung so gut wie unannehmbar.

Wenn sich die kommunistische Propaganda am Yangtso infolge der chinesisch-russischen Annäherung verstärken sollte, müsse Japan dies als eine ernstliche Drohung auffassen.

Was den vorgeschlagenen Nichtangriffspakt Japan-Rußland anbetreffe, so sei die Zeit für einen solchen Pakt noch nicht gekommen.

Am Sonnabend sprach der Kriegskommissar Woroschilow in einer Moskauer Parteiversammlung. Er bekannte sich als Anhänger der Politik Stalins und erklärte, daß die gesamte Wehrmacht hinter Stalin stehe. Zur außenpolitischen Lage erklärte Woroschilow, daß die Stärke der Wehrmacht die größte Aufgabe der Sowjet-Regierung und der Partei sei.

## Tote für den nächsten Krieg.

Im Jahre 1932 sind 32 Flugzeuge der britischen Wehrmacht abgestürzt, wobei 48 Personen ums Leben kamen.

### Als Städtebauer in der Sowjet-Union.

A. Kl. Ueber dies Thema sprach im Rahmen einer Frankfurter Veranstaltung des Bundes der Freunde der Sowjet-Union der ehemalige Professor des Dessauer Bauhauses, Hannes Meyer, der heute Professor an der Architekturhochschule in Moskau ist.

Wenn man einen sachlichen, durch gute Kenntnisse der Verhältnisse unterbauten Vortrag erwartete, so sah man sich hierin gründlich getäuscht. Hannes Meyer „plauderte“ — allerdings recht unterhaltsam und anschaulich, zwei Stunden lang über die schon in allen möglichen Publikationen der kommunistischen Parteipresse verbreiteten „Pläne“ in der Sowjet-Union:

Sowjet-Rußland steht am Ende des ersten Fünfjahresplanes. 518 Werke der Schwerindustrie sind inzwischen geschaffen worden. Sie stellen nicht nur das „Fundament der sozialistischen Oekonomie“ dar, sondern bedeuten, architektonisch gesehen, die Eckpfeiler der neuen, sozialistischen Architektur. Der zweite Fünfjahresplan wird für die Architektur eine Verstärkung des Wohnungsbaues bringen. Auch für die Architektur werden die neuen Forderungen des Fünfjahresplanes gelten:

Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, Aufhebung des Gegensatzes und Unterschiedes zwischen dem Kopf- und Handarbeiter, Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der breiten Massen, Ausrottung der kleinbürgerlichen Schichten der Arbeitermassen.

An einem Beispiel der Stadt Perm, einem Ort mit etwa 130 000 Einwohnern, versuchte der Redner zu demonstrieren, was von diesen Forderungen heute schon erfüllt ist. Siebzehn verschiedene Technikums beherbergen diese Mittelstadt, deren Studenten zu 90 Prozent Arbeiter seien. Ueber die Wohnweise der Bevölkerung selbst erzählte er dagegen nichts.

Meyer kam dann auf den eigentlichen Städtebau zu sprechen. Die Sowjets hätten ein zerstörtes und reduziertes

Erbe des Zarismus auch hinsichtlich des Städtebaues übernommen. Zahlreiche alte Wohnformen, die zum Teil aus spekulativen Interessen heraus entstanden sind, müssen der neuen Gesellschaftsordnung angepaßt werden. Dies würde nicht schematisch geschehen, sondern den augenblicklichen Verhältnissen stets angepaßt werden. Wir werden feudalistische Städte umbauen in moderne Industriestädte; wir werden und werden — diese Zukunftsform war der Hauptbestandteil der Meyerschen Rede; kaum eine konkrete Angabe, ein wirklicher Tatbestand, über den zu berichten er einer der Berufensten gewesen wäre.

Zur Frage der neuen Meldepflicht, die sicher vielen der Anwesenden am Herzen lag, bemerkte Meyer, daß sie von den Architekten sehr begrüßt worden sei, da sie durch Verhinderung der Fluktuation der Arbeitskräfte präzisere Kalkulationen ermögliche. (Immerhin auf Kosten der Freizügigkeit der Arbeiter!)

Die Frage des Arbeitstempos kennzeichnete er durch ein Wort Stalins: „Ueber die Terminfrage können wir selbstverständlich diskutieren, aber nur über deren Verkürzung.“

Meyer erzählte noch von der jetzt in verlangsamttem Tempo fortschreitenden Kollektivisierung der Wohnbauten.

Alles erschien in rosigem Lichte, mit idyllischem Beiwerk ausgeschmückt. Kein Wort fiel von den Schwierigkeiten, die unter den günstigsten Bedingungen doch vorhanden sein müssen, nicht einmal wurde die wirtschaftliche und finanzielle Seite dieser so wichtigen Fragen überhaupt gestreift.

Wäre dem Sozialismus und der Arbeiterschaft nicht besser gedient, wenn man ihr nicht immer nur diese romantischen Geschichten über die Sowjet-Union vorsetzen würde? Warum nennt man nicht ruhig die Schwierigkeiten, die bei einem so gewaltigem Umbau doch unvermeidlich sind? Sie könnten wahrscheinlich die Bereitschaft, zu helfen, steigern. Das Vertuschen und Beschönigen dagegen weckt Mißtrauen und macht es den Gegnern des Sozialismus leicht, Gegenargumente zu finden und den Sozialismus in Bausch und Bogen als Utopie zu verschreien.

### Ein „hoffnungsvoller“ Sozialdemokrat

L. G. In Magdeburg sprach Erich Nötling, einer der Wirtschaftsfachleute der SPD, über: „Kapitalistischer Zusammenbruch — Sozialistische Aktion.“

Er führte aus: „Vier Krisenheilungsrezepte würden augenblicklich in Deutschland empfohlen:

1. Autarkie (Nationalsozialisten, Landbund, Schwerindustrie),
2. Sowjet-Deutschland,
3. Aufpulverung des Kapitalismus (Programm Papen, Schleicher),
4. Sozialistischer Wirtschaftsumbau (Forderung der SPD).

Schwerindustrie und Junker sind an einer abgeschlossenen Wirtschaft interessiert, weil sie im Besitze der Rohstoffe und des Brotgetreides sind und in einer solchen Wirtschaft das Heft in der Hand haben. In derselben Richtung liegt das Interesse der Junker am Lohndruck in der Industrie: Der Verbrauch an Kartoffeln und Roggenmehl nimmt nämlich in der Krise zu. Der Bauer ist der Leidtragende; denn die Nachfrage nach seinen Produkten schrumpft.

„Deutschland ist ein Volk des engen Raumes.“ Leider ging Nötling nicht darauf ein, warum die Deutschen ein Volk des engen Raumes sind. So blieb der Eindruck zurück, als sei dies eine Naturgegebenheit und nicht etwa die Folge der junkerlichen Bodenpolitik.

Ein Sowjet-Deutschland lehnte er ab, hielt es aber für die Pflicht jedes Sozialisten, sich schützend vor Sowjet-Rußland zu stellen, weil es als einziger sozialistischer Staat ein Bollwerk gegen die kapitalistische Welt bedeute.

Der „Aufpulverung“ des Kapitalismus stellte er entgegen, daß wir im Zeitalter des Monopolkapitalismus niemals über die Krise hinwegkommen werden, weil durch die künstlichen Preisbildungen die Gesundung verhindert werde. Der Konkurrenzkapitalismus, wie er seiner Meinung nach früher bestand, konnte sich dieses Aufhalten des Gesundungsprozesses nicht leisten, und darum wurden Krisen früher nach einer bestimmten Zeit überwunden.

Nötling irrt! Einen Konkurrenzkapitalismus hat es noch nie gegeben und kann es auch nicht geben, weil sich eben Kapitalismus nur da entwickeln kann, wo die Konkurrenz ge-

heimt ist. Unverantwortlich ist es, daß in einer Arbeiterversammlung noch heute das Märchen verbreitet wird: „Der Kapitalismus ist ein sinkendes Gesellschaftssystem. Seine Zeit ist erfüllt. Glaubt an den Sozialismus. Wir können Euch zwar nicht den Hunger, aber die Sinnlosigkeit des Hungers nehmen.“ Also: Proletarier, die Ihr hungert, schnallt stolz und gläubig Euren Leibriemen enger und erfaßt im Glauben an den Sozialismus den tiefen Sinn, heute noch hungern zu dürfen!

Die „sozialistische Aktion“ der Sozialdemokraten besteht in der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, in der Enteignung des Bodenbesitzes über 200 Hektar (warum beginnt man nicht weiter unten?) und Verstaatlichung der Großbanken. Weiter soll die Verstaatlichung nicht gehen. Aber wenn das damit begründet wird, daß man das Eigentum nicht abschaffen will, weil sonst  $\frac{1}{2}$  der Bevölkerung gegen die „sozialistische Aktion“ seien, so scheint dieser Standpunkt nur eine taktische Maßnahme zu sein, entgegen einem anderen Grundsatz. Das ist bedenklich!

Nötling schloß seine Rede: „Wir Sozialdemokraten können hoffnungsvoll sein, weil wir wissen, daß es einen Ausweg gibt.“

Es ist kläglich! Nachdem man jahrelang zugesehen hat, wie den Arbeitern die Butter vom Brot genommen wurde, tröstet man sie heute damit, daß man weiß, wie sie wieder auf das Brot kommt.

Ein paar hundert Arbeiter hörten dem zu und klatschten begeistert Beifall. (!)

### Zeichen der Krise.

Wie das preußische Statistische Landesamt in Nr. 3 der Statistischen Korrespondenz mitteilt, hat sich unter dem Einfluß der starken Arbeitslosigkeit

die Heiratshäufigkeit der Bevölkerung erneut verringert.

Im dritten Vierteljahr 1932 wurden in Preußen nur noch 75 972 Ehen geschlossen. Das sind rund 2000 weniger als im gleichen Viertel des Vorjahres und rund 15 000 weniger, wenn man 1929 das Jahr der höchsten Heiratshäufigkeit im vorigen Jahrzehnt, zum Vergleich heranzieht. Die auf 1000 Einwohner

und auf ein Jahr berechnete Heiratsziffer betrug 7,5 gegenüber 7,8 im Vorjahre und 9,2 im Jahre 1929.

Noch stärker kam die Wirtschaftskrise in der Geburtenzahl zum Ausdruck.

Statt 160 540 Kinder, die im dritten Vierteljahr 1931 geboren wurden, ergab das Berichtsvierteljahr nur 151 534. Auf je 1000 Einwohner kamen nur noch 15,0 Geborene gegen 16,0 im Vorjahre.

Die Sterblichkeit hat etwas zugenommen; es starben im Berichtsvierteljahr rund 1400 Personen mehr als im dritten Vierteljahr 1931, und die auf das Jahr berechnete Sterbeziffer stieg von 9,9 vom Tausend auf 10,0 vom Tausend.

Die Säuglingssterblichkeit ist erheblich gestiegen. Es starben 11 482 Kinder im Alter unter einem Jahr gegenüber 11 040 im Vergleichsvierteljahr. Auf 100 Lebendgeborenen entfielen jetzt 7,5 gestorbene Säuglinge (gegen 6,7).

Das Ergebnis des stärkeren Geburtenrückganges und der erhöhten Sterblichkeit war ein recht geringer Geburtenüberschuß. Er belief sich auf 51 298 oder 5,1 vom Tausend und war um 10 379 oder um ein Sechstel niedriger als im gleichen Quartal des Vorjahres.

Vom „Malygin“, dem bei Spitzbergen gestrandeten russischen Eisbrecher, kommen vereinzelte Nachrichten. Die neuesten lauten zuversichtlicher: die Maschinenanlage des „Malygin“ sei eis- und wasserfrei.

Zu Lenins Todestag sprach in der Moskauer Oper Kalinin in einer Trauerkundgebung der KPR und der Sowjetregierung.

### Opfer des Winters.

Der 73jährige Rentner Otto Raschke aus Werder, der auf dem Fahrrad über die zugefrorene Havel nach Alt-Töplitz fahren wollte, ist dort nicht angekommen, man nimmt an, daß K. in ein Wasserloch geraten und ertrunken ist.

In Nowawes bei Berlin rutschte die 70jährige Witwe Rohde auf dem glatten Bürgersteig aus und erlitt so schwere Beinbrüche und innere Verletzungen, daß sie bald darauf im Krankenhaus starb.

Winter in Rußland: in Leningrad minus 28 Grad, im Ural minus 45 Grad.

### Schrecklicher Verbrennungstod.

Der 21jährige Herwart Kilian aus Wendhausen (Braunschweig) steckte eine brennende Zigarette in seine Tasche. Darin aufbewahrte Zündhölzer entzündeten sich und setzten die Kleider von K. in Brand. Ein Kutscher versuchte, mittels einer Decke die Flammen zu ersticken. K. hatte aber bereits so starke Brandwunden erlitten, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Braunschweiger Landeskrankenhaus starb.

### Verschüttete Bergleute gerettet.

Am Sonnabend vormittag gelang es, die sechs seit Donnerstag in einem Luxemburger Erzbergwerk verschütteten Bergarbeiter zu retten.

### Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Bremen:** Mittwoch, 25. Januar, 20.15 Uhr, Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall 82, 1. Thema: Weltkrieg droht! — Kriegsgegner an die Abwehrfront!

**Eisenach:** Donnerstag, 26. Januar, 20.15 Uhr, im „Goldenen Engel“, Katharinenstr. Thema: Kampf dem Schleicher-Kurs!

**Köln-Mitte:** Dienstag, 24. Januar, 20.15 Uhr, im Coloniasaal, Aachener Str. 5. Thema: Rechtsnot über Deutschland. Redner: Hans Lehnert (München). Eintritt: 15 Pfennig. Für Erwerbslose: 10 Pfennig.

**Mainz:** Dienstag, 24. Januar, 20 Uhr, Wirtschaft Hoerlein, Ecke Hafen- und Frauenlobstraße. Thema: Was ist uns heute Lenin?

A. M. FREY



### DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Klippenhauer Verlag AG. Berlin.

Beim Dienst auf dem Verbandplatz hat er immer gleich heraus, ob eine Knochenfraktur vorliegt oder nicht, während der dreiviertel fertigt studierte herummarkst, herumtastet und des Opfers Unbehagen vergrößert. Auch zu schienen verstehen die alten Feldwebel besser, schneller, schmerzloser als die jungen Doktors.

Der dritte, der Sanitätssergeant vom zweiten Bataillon, wird von den beiden anderen gebremst verachtet: er ist ein Schlamper, er hat seine Salbentöpfe, seine Bücher nicht in Ordnung, stets schmiert und schwindelt er da etwas zusammen, ob sich's um Salben oder um Aufzeichnungen handelt, sein Krankenraum ist besonders dreckig, seine Requisite sind mangelhaft, seine Thermometer meist zerbrochen — aber was das Aergerlichste ist: seine sanitären Ergebnisse sind eigentlich nicht schlechter als die der beiden andern. Er ist „wissenschaftlich“ total ungebildet — ja er glaubt erbärmlicherweise an Wunderkuren und wendet sie heimlich an. Die beiden anderen verpetzen ihn deshalb nicht bei den Aerzten, aber sie empfinden ihn als unwürdigen Kollegen. Was macht er für Sachen? Im Frühjahr, als rätselhafte Dauminfektionen leichter Art grassiert haben, hat er seinen Patienten Froschlaich zu schlucken gegeben. Und sie sind rascher mobil geworden als alle anderen Kacker. Feldwebel Fähnlein, der Wissenschaftler, der sogar mit psychischen Einflüssen arbeitet, höhnt: „Eigentlich ist es begreiflich: vor lauter Grausen, wenn du nicht stirbst, mußt du da ja gesund werden.“

Ihm, der mit Froschlaich und Spatzendreck verkappt arbeitet, ist der Kameraden Ablehnung auf geistigem Gebiet gleichgültig. Er wurstelt weiter, im Gehirn wohl nicht ganz richtig, mit gelegentlichen epileptischen Erscheinungen be-

haftet, nervösen Anfällen ausgesetzt, daher von den Aerzten nachsichtig behandelt, die zu erkennen glauben, daß er im ganzen doch willig, eifrig und brauchbar ist. Er heißt Anton Malz, er hat bis zum Krieg als Hühneraugenoperateur und Naturheilkundiger in Augsburg gelebt.

Der Regimentsarzt tritt schnellen Schrittes ein — besser sagt man: er tritt auf; seiner wenigen Vorzüge einer ist, daß er pünktlich zu sein pflegt. Man braucht nicht stundenlang zu warten wie bei einem anderen gewissen Herrn vom zweiten Bataillon. Die Feldwebel schreien ihrer Herde zu: „Achtung, stillgestanden!“ — und die kranken Knochen deuten wenigstens die Geste einer strafferen Haltung an. Der Regimentsarzt läßt den dicklichen Körper auf einen Sessel vor einem Pultchen nieder, das man aus einem der früheren Klassenzimmer hier hereingetragen hat — einem Schülerpult mit Papier und Tinte, vor dem er nun etwas albern hockt, indes er selber kommandiert: „Rührt euch!“

Und dann beginnt man sogleich und rapide. Es ist üblich, mit etwa vierzig Kranken in einer guten Stunde fertig zu werden. Das sind noch keine zwei Minuten für den Mann. Eigentlich interessieren den Regiments- und Stabsarzt Dr. Nohl nur die Furunkel. Bei den Erkrankungen der Atmungsorgane fragt er lediglich nach den Temperaturen: sind sie nicht besorgniserregend (und wann wären sie es? höchst selten), so erfolgt nichts als die knappe Anordnung, wie bisher weiter zu machen. Aber Furunkel haben seine sachlich-liebvolle Aufmerksamkeit. Denn er liegt da in einem chevaleresken und spannenden Streit mit anderen Sanitätsoffizieren vom Regiment. Sie behandeln so — er so. Er ist für Ausbrennen, jene sind für Schmierer, für Diät, für Baden oder für Luft und Sonne. So brennt er denn eigenhändig mit irgendwelchen glühenden Drähten und Nadeln, hantiert, daß es zischt und stinkt, daß Wehlauten ertönen und den drei Neulingen in der Ecke ganz übel wird.

Aber nun naht der Augenblick ihrer eigenen Angelegenheit. Dr. Nohl hat Zettelchen und Ausweise geschrieben: für einen Zahnkranken zum Divisionszahnarzt, hinter zur Sanitätskompanie; für einen Bindehautkranken zurück zur Augentation; für einen Hochfiebernden ins Feldlazarett (mit dem Wort „Typhus“ und einem Fragezeichen dahinter,

denn hier vorne wird nicht auf Bakterien untersucht); für einen das Trippers Verdächtigen (weiß der Henker, woher er ihn bezogen haben soll). Jetzt erhebt er sich ächzend, steckt eine Zigarre in Brand und wendet sich an die Feldwebel, die eifrig in Salbentöpfen umherstochern und Binden an kranke Beine legen: „Asam, noch was?“

„Jawohl, Herr Stabsarzt, drei neue Mann wären da.“

Sie müssen aus ihrer dunklen Höhle hervormarschieren und in Linie antreten. Der älteste, Holzer mit dem großen Schnauz- und dem kleinen Knebelbart, übernimmt es, für sie zu sprechen.

„Ihr kommt vom Ersatztruppenteil aus München? Ihr seid als Krankenträger ausgebildet?“

„Jawohl, Herr Doktor.“

Das dickliche Gesicht des Arztes schwillt unter der zerknitterten Feldmütze rot auf. Ein Unwohlsein scheint ihn zu befallen, er öffnet am Hals einen Haken der Litewka. „Was bin ich? Wie reden Sie mich an, Sie —?“

Schweigen. Die drei haben noch nie einen Stabsarzt gesehen. Daheim sind sie in jener phantastisch primitiven Weise von einem Unterarzt ausgebildet worden; zu dem haben sie Herr Doktor gesagt.

Der Stabsarzt wendet sich angewidert ab. Er beherrscht sich elegant, er macht eine wegwerfende Handbewegung. „Asam, belehren Sie diese ungläublichen Burschen.“

Der Feldwebel Asam ist noch zorngeschwollener als der Offizier. Er macht ein Gesicht, als sei er verantwortlich für die Dummheit dieser Leute und sei mit abgekautelt worden. Er poltert, aber durch alle Wut hindurch in gutmütigen Gruntönen: „Ja, habts denn ihr überhaupt keine Ausbildung net? — Stehts net da wie ein Sauhaufen, nehmts gefälligst eure Haxen zusammen! Wißt ihr net, daß ihr vor dem Herrn Stabsarzt steht? Wie redet man den Herrn Stabsarzt an? Und woran erkennt man ihn?“

Dr. Nohl winkt gelangweilt ab. „Lassen Sie es gut sein, Asam. Das weitere, wenn ich draußen bin. — Ist eure übrige Vorbereitung fürs Feld auch so mangelhaft? Besonders wenn ihr nicht aus — bis auf den einen. Asam, daß er uns immer wieder so dürftiges Material herausschickt.“

(Fortsetzung folgt.)

